

Gestern im Rat

Vorsitz: Josef Würms (SVP, Ramsen)

» Der Kantonsrat hat die **Volksinitiative** «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögen während 5 Jahren» zur Ablehnung empfohlen. Er folgte damit dem Antrag der Regierung.

» Die Änderung des **Strassengesetzes** wurde in der zweiten Lesung mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit vom Rat angenommen.

«Corona-Initiative»: Der Kantonsrat empfiehlt ein Nein

Sollen Vermögende im Kanton Schaffhausen mehr Steuern zahlen und so einen Solidaritätsbeitrag in der Corona-Pandemie leisten? Die Initiative «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögenden während fünf Jahren (Corona-Initiative)» fordert das. Gestern wurde das Volksbegehren im Kantonsrat behandelt.

Das Parlament entschied sich, dem Stimmvolk eine Ablehnung der Initiative vorzuschlagen. Der Entscheid fiel mit 37 zu 20: Links stimmte geschlossen dafür, Mitte-rechts dagegen.

Die Debatte verlief entlang der bekannten steuerpolitischen Linien. Von Seiten SP wurde darauf hingewiesen, dass die Schere von arm und reich immer grösser werde. Die Bürgerlichen betonten, dass der Kanton bereits genug Geld habe. Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter (SVP) wies darauf hin, dass die Steuereinnahmen gar nicht zweckgebunden ausgegeben werden können. (dmu)

Und plötzlich ging es um 30er-Zonen

Die Revision des kantonalen Strassengesetzes wurde alles andere als eine trockene Angelegenheit: An der gestrigen Kantonsratssitzung kam es gleich zu mehreren eher überraschenden Anträgen.

Dario Muffler

Erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. So könnte man die Kantonsratssitzung vom Montag zusammenfassen. So waren gleich mehrere Geschäfte traktandiert, bei denen mit politischen Grabenkämpfen gerechnet werden konnte: der Corona-Solidaritätsbonus (siehe Text rechts) und die Schaffung eines Klima- und Energiefonds. Die zweite Lesung der Strassengesetzrevision hätte dabei eine Nebenrolle eingenommen. Die Änderung des Gesetzes war bereits im August ausführlich diskutiert worden und nach erneuter Behandlung in der zuständigen Spezialkommission hätte es im Plenum eine kurze Sache werden sollen.

Kantonsratspräsident Josef Würms (SVP, Ramsen) und Baudirektor Martin Kessler (FDP) hatten die Rechnung aber ohne die SVP-EDU-Fraktion gemacht. «Ich spiele jetzt den Spielverderber», sagte Andreas Schnetzler (EDU, Gächlingen) und stellte einen Streichungsantrag, ob welchem sich eine derart breite Diskussion entwickelte und zu weiteren Anträgen führte, sodass der Klimafonds gar nicht mehr besprochen werden konnte.

Pro und Contra «Lex Schaffhausen»

Doch worum ging es bei der Änderung des Strassengesetzes überhaupt? Der Kanton soll für Bau und Unterhalt an sämtlichen Kantonsstrassen verantwortlich sein und diese auch bezahlen. Aktuell liegen noch wenige Kilometer im Besitz der Gemeinden, durch welche die Strassen führen. Der Kanton soll auch für die Radwege ausserorts verantwortlich sein.

Zusätzlich wurde ein Topf geschaffen, worin die Mittel aus Mineralölsteuer und kantonaler Motorfahrzeugsteuer für Strassen enthalten soll. Zwei Drittel soll der Kanton bekommen, ein Drittel die Gemeinden.

«Es geht zu weit, dass der Kantonsrat über Tempo 30 auf kommunaler Ebene bestimmt.»

Markus Müller
SVP-Kantonsrat

So weit, so klar – und unbestritten. Doch das Gesetz sieht in den Besitzverhältnissen eine Ausnahme vor. Die Stadt Schaffhausen soll im Besitz der Kantonsstrassen auf ihrem Gebiet bleiben. Und das passte Schnetzler und Teilen seiner Fraktion nicht, weshalb er den erwähnten Streichungsantrag gestellt hatte. «Wir machen ein Gesetz und dürfen nicht beginnen, Gemeinden zu bevorzugen», sagte er und drohte damit, die gesamte Revision abzulehnen, sollte sein Antrag nicht durchkommen.

Diese Fundamentalopposition ärgerte den Präsidenten der Spezialkommission, Kantonsrat Nihat Tektas (FDP, Neuhausen). Er appellierte ans Plenum, den Antrag abzulehnen. Ihm gleich tat es FDP-Kantonsrat und Stadtrat Raphaël Rohner. Die Stadt habe als Verkehrsknotenpunkt des Kantons ein erhöhtes Interesse, Eigentümerin sämtlicher Strassen zu bleiben, auch die Komplexität in der Stadt spreche dafür. «Dieses Gesetz ist gemäss eidgenössischer Tradition ein Kompromiss», sagte Rohner.

Ein Kampf gegen die Stadtregierung

Ein ganz neues Fass machte dann SVP-Kantonsrat Mariano Fioretti (Schaffhausen) auf. Er unterstützte zuerst Schnetzlers Antrag, worauf er von Baudirektor Kessler noch eine Zusage wollte: «Sind Sie bereit, zu versprechen, dass der Kantonsrat abschliessend über Tempo 30 auf Kantonsstrassen entscheiden kann?»

Kessler verneinte und verwies auf das ordentliche Verfahren bei der Einführung einer Tempo-30-Zone. Geregelt ist das in Artikel 40 des debattierten Gesetzestextes. Dort heisst es, dass Projektierungen Sache des Baudepartements seien, das Verfahren in Absprache mit der Gemeinde stattfinden müsse und dass der Regierungsrat entscheide, wenn sich Gemeinde und Baudepartement nicht einigen können. Zudem betonte Kessler, dass die Stadt die

Arbeiten an diesen Strassen selber bezahlen müsse. «Wenn Sie die Gesetzesänderung ablehnen, verhindern Sie, dass die Gemeinden mehr Geld bekommen», sagte Kessler. Schnetzlers Antrag unterlag mit 40 zu 16 Stimmen.

Nun schritt aber SVP-Kantonsrat und Grossstadtrat Michael Mundt ans Rednerpult und wollte den von Kessler erwähnten Artikel 40 dahingehend ergänzen, dass der Kantonsrat abschliessend über Tempo 30 auf Kantonsstrassen zu entscheiden habe.

Hintergrund des SVP-Vorstosses dürften die Pläne in der Stadt Schaffhausen sein, wo das Parlament im September ein Postulat überwies und damit zum Ausdruck gebracht hat, dass es mehr Tempo 30 will.

Entsprechend mokierte sich aber Kantonsrat Kurt Zubler (SP, Schaffhausen) gestern: «Im Kern geht es der SVP darum, ihr Leiden an der Minderheitsposition im Grossen Stadtrat zu lindern.» Selbst SVP-Kantonsrat Markus Müller (Löhningen) sprach sich gegen den Antrag aus den eigenen Reihen aus: «Es geht zu weit, dass der Kantonsrat über Tempo 30 auf kommunaler Ebene bestimmt.» Erwin Sutter (EDU, Schaffhausen) konnte dem Inhalt des Antrags zwar etwas Positives abgewinnen, erachtete den Zeitpunkt aber als falsch. Deutlichere Worte fand Regula Widmer (GLP, Beringen): «Was hier veranstaltet wird, hat nichts mit seriöser Politik zu tun, das ist einfach nur noch peinlich.»

Mit 42 zu 11 Stimmen wurde der Antrag denn auch deutlich abgelehnt. Sich davor fürchten, dass flächendeckend Tempo 30 eingeführt wird auf Kantonsstrassen, müsse sich aber niemand, sagte Kessler im «Schaffhauser Fernsehen» nach der Sitzung.

In der Schlussabstimmung überwand die Revision nur knapp die Vier-Fünftel-Mehrheit, weshalb es zu keiner Volksabstimmung kommt – ausser es wird das Referendum ergriffen.

25 000 Franken für ein Lebenswerk

Der ehemalige Beringer Dorfarzt Christian Seelhofer und seine Frau Annamarie haben den diesjährigen Preis für Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Die Vergabe war ein Rückblick auf ihr 14-jähriges Engagement.

Regula Lienin

Gerade noch hatte der Kantonsrat darüber debattiert, ob er künftig mit der Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes über Tempo 30 mitbestimmen soll. Dann ging es in den Bezirk Bikita, Simbabwe, in einen savannenartigen Landstrich, wo die Bewohner auf kargen Böden mit dem Existenzminimum leben. Grund für diese Gedankenreise war die Vergabe des Preises für Entwicklungszusammenarbeit 2021 an Annamarie und Christian Seelhofer. Das Paar aus Beringen war vom Preisuratorium unter der Leitung von Liselotte Flubacher zu den diesjährigen Gewinnern ausserkoren worden.

2007 hatten die beiden ihr Projekt für Waisen begonnen, mit einem Waisenhaus auf dem Areal jenes Landspitals in Silveira, in dem Christian Seelhofer bis 2012 als leitender Spitalarzt tätig war. Als solcher hatte er den Preis für Entwicklungszusammenarbeit vor dreizehn Jahren schon einmal erhalten. Nun also zum zweiten Mal – mit einer nunmehr eindrucksvollen Bilanz: 2017 bauten sie das neue Waisenhaus «Little Birds Home» ausserhalb des Spitals. Inzwischen beschäftigen sie lokal zehn Personen. Für das Projekt arbeiten vor Ort ein Manager, fünf «mothers» mit einer 24-Stunden-Betreuung für die

derzeit sieben Waisenhauskinder. Das Gelände wird mit einem Gärtner und einem Hilfgärtner bewirtschaftet, zwei Nachwächter sorgen für die Sicherheit.

«Meine Frau und ich möchten uns sehr herzlich bedanken», sagte Seelhofer gerührt, nachdem er die Preisurkunde von Kantonsratspräsident Josef Würms entgegen genommen hatte. Seine Frau An-

namarie erzählte von den ersten Begegnungen mit den Kleinkindern. «Es war traurig anzusehen. Niemand kümmerte sich um sie.» Waisenkinder hätten in dem im südlichen Afrika gelegenen Land ein schlechtes Ansehen. Von einem Tropfen auf den heissen Stein wollte sie aber angesichts der schätzungsweise eine Million Waisen in Simbabwe nicht spre-

chen. «Für jedes der Kinder in Silveira hat sich alles geändert», sagte sie. Und: «Wir geben unser Bestes, das die Arbeit mit den Waisen weitergeht.»

Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz gründeten Annamarie und Christian Seelhofer den Verein «Freunde von Silveira». Er zählt gut 70 Mitglieder. Der Vorstand, der aus sechs Personen be-

steht, arbeitet ehrenamtlich. Ungefähr zweimal im Jahr fliege jemand von ihnen nach Simbabwe, auf eigene Kosten, wie Christian Seelhofer im Anschluss an die Preisvergabe ausführte.

Vom Stigma befreit

Das Jahresbudget 2021 beläuft sich auf 67 000 Franken. Die Löhne sind mit 25 000 Franken der grösste Posten, gefolgt von den Kosten für Milchpulver, Seife und Essen in Höhe von 18 000 Franken. Das Projekt steht auf einer guten Basis. Zwischenzeitlich war Geduld gefragt. Denn der Neubau des Waisenhauses war zwar 2017 fertig gestellt worden, aber die Bewilligung für den Betrieb liess zwei Jahre auf sich warten. «Wenn man sie dann einmal hat, funktioniert es», so Seelhofer. Auch der Kontakt mit der örtlichen Sozialbehörde sei gut.

Das Preisgeld von 25 000 Franken will das Paar für Schulgelder und Nahrungsmittel einsetzen – für 23 weitere Waisenkinder in Pflegefamilien. Das Waisenhaus in Silveira dient nämlich lediglich als Zwischenlösung. In der weiteren Verwandtschaft oder in der Umgebung wird jeweils eine Familie für die Kinder gesucht. Mit einer Familienintegration verliert ein Waisenkind das Stigma und hat im Erwachsenenleben bessere Chancen. Für die Pflegefamilien bedeutet ihr Engagement: Sie erhalten alle vier Monate ein grosses Lebensmittelpaket. Den betreuten Waisenkindern werden das Schulgeld, Schulmaterial und die Schuluniform bezahlt.



Annamarie und Christian Seelhofer haben in Simbabwe ein Waisenhausprojekt aufgebaut. Gestern konnten sie vom Kantonsrat den Preis für Entwicklungszusammenarbeit 2021 entgegen nehmen.

BILD SELWYN HOFMANN

VIDEO

Interview mit den Preisträgern heute ab 18.20 Uhr auf www.shf.ch und unter www.shn.ch/click